

Stadt Hildesheim

BEGRÜNDUNG ZUM BEBAUUNGSPLAN HT/HN 271.1 NORDUMGEHUNG

1. Allgemeines

1.0 Vorbemerkung

Die Bebauungspläne HT 211, HT 225 und die zweite Änderung des Bebauungsplans HT 225 werden, soweit sie vom Geltungsbereich des Bebauungsplans HT/HN 271.1 überdeckt werden, aufgehoben.

1.1 Lage des Plangebiets

Das Plangebiet liegt im Norden der Stadt Hildesheim im Bereich der Innerste Aue zwischen der Ortschaft Himmelsthür und dem Hafengebiet.

1.2 Vorhandene Nutzung

Die Flächen im Plangebiet werden derzeit überwiegend landwirtschaftlich oder als öffentliche Verkehrsflächen genutzt. Darüber hinaus gibt es hier unterschiedliche Arten von Grünflächen, sowie die Wasserläufe Innerste, Mühlengraben und Kupferstrang.

Im nördlichen Teil des Plangebiets liegt das Naturschutzgebiet "Innerste Aue unter dem Mastberg". Im mittleren und südlichen Bereich des Plangebiets liegen der durch Verordnung vom 06.12.1964 geschützte Landschaftsteil Mastberggebiet sowie der durch Verordnung vom 17.10.1967 geschützte Landschaftsteil Erlenbruch. Diese Verordnungen werden zeitgleich mit der Aufstellung dieses Bebauungsplans durch eine neue Landschaftsschutzgebietsverordnung ersetzt.

1.3 Eigentumsverhältnisse

Die Flächen im Plangebiet sind zum überwiegenden Teil Eigentum der Stadt Hildesheim oder des Allgemeinen Hannoverschen Klosterfonds. Die übrigen Grundstücke sind Privateigentum.

1.4 Darstellung im Flächennutzungsplan

Im rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Hildesheim ist das Plangebiet überwiegend als allgemeine Grünfläche dargestellt. Die geplante Nordumgehung und die Mastbergstraße sind als Hauptverkehrsstraßen dargestellt, die Innerste und der Kupferstrang als Wasserflächen. Die Festsetzungen dieses Bebauungsplans sind gem. § 8 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

2. Städtebauliche Zielsetzungen

Um insbesondere die Kaiserstraße in der Innenstadt und den Linnenkamp in Himmelsthür vom Durchgangsverkehr entlasten zu können, ist der Bau der Nordumgehung dringend erforderlich. Gemäß der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgemeinschaft Dr.-Ing. Schubert von September 1996 wird die Nordumgehung im Jahr 2010 eine durchschnittliche Verkehrsmenge von 19.900 bis 22.100 Kfz/Tag aufnehmen. Die daraus resultierenden Verkehrsentlastungen ermöglichen zahlreiche verkehrslenkende und -reduzierende Maßnahmen, die an unterschiedlichen Stellen im Straßennetz der Stadt Hildesheim vorgesehen sind. Beispielhafte Maßnahmen werden in der Verkehrsuntersuchung auf Seite 12 genannt.

Mit diesem Bebauungsplan sollen die Voraussetzungen für den Bau der Nordumgehung im Bereich zwischen der Münchwiese und der sogenannten Panzerstraße geschaffen werden. Der Teil der geplanten Nordumgehung, der zwischen dem Geltungsbereich dieses Plans und der Bundesstraße 1 liegt, wird parallel zu diesem Bebauungsplan vom Straßenbauamt Hildesheim in einem Planfeststellungsverfahren geplant.

Im Bereich dieses Bebauungsplans soll der Linnenkamp niveaufrei an die Nordumgehung angeschlossen werden. Die Anbindungen der Ruscheplattenstraße, der Hafenstraße und der Münchwiese sollen dagegen niveaugleich bleiben.

Die naturschutzrechtlich erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen sollen mit diesem Bebauungsplan sichergestellt werden.

3. Planinhalt

3.1 Verkehrsflächen

Die in dem Bebauungsentwurf dargestellten Fahrbahnen, Wege, Bankette, Brückenbauwerke, Böschungen, Straßenentwässerungsgräben, Straßenseitenräume und Inseln zwischen den Auffahrten werden als öffentliche Verkehrsflächen festgesetzt.

Teilweise sind die Verkehrsflächen mit der Festsetzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft überlagert. Auf diese Weise wird sichergestellt, daß z.B. Böschungen, die zur Verkehrsfläche gehören, später entsprechend dem Grünordnungsplan zu bepflanzen sind.

3.2 Ausgleich der Eingriffe in den Naturhaushalt

Den Empfehlungen des Grünordnungsplans entsprechend werden im Geltungsbereich dieses Bebauungsplans private Grünflächen, mit der Zweckbestimmung "Obstgarten" (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB), Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) sowie Flächen zum Anpflanzen und zur Erhaltung von Bäumen und Sträuchern (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a und b BauGB) getroffen.

Auf einigen Teilflächen werden lediglich einzelne anzupflanzende oder zu erhaltende Bäume festgesetzt. Innerhalb dieser Teilflächen sind Wege, Wasserläufe und Grünflächen vorhanden, die aber nicht verändert werden sollen. Der Bebauungsplan trifft daher hierzu keine Aussagen und ist damit bezüglich dieser Teilflächen nicht qualifiziert im Sinne des § 30 Abs. 1 BauGB. Abgesehen von der notwendigen Beachtung der anzupflanzenden bzw. zu erhaltenden Bäume richtet sich hier die Zulässigkeit von Vorhaben im übrigen nach § 35 BauGB.

Die Fläche im Randbereich des Naturschutzgebiets "Haseder Busch" liegt außerhalb des Gebiets der Stadt Hildesheim. Auf eine Festsetzung der vorgesehenen Ausgleichsmaßnahme kann hier aber verzichtet werden, da der Eigentümer verkaufsbereit ist. Die Maßnahme ist planungsrechtlich zulässig. Die Gemeinde Giesen hat gegenüber der Stadt Hildesheim erklärt, daß sie bezüglich dieser Fläche keine Eigeninteressen geltend machen wird. Die Durchführbarkeit der Maßnahme ist somit nicht in Frage gestellt. Die Untere Naturschutzbehörde hat bereits erklärt, daß sie unter der Voraussetzung des gesicherten Grunderwerbs hinsichtlich des Verzichts auf die Festsetzung dieser Maßnahme keine Bedenken hat. Mit dem Eigentümer wird noch vor dem Inkraftsetzen dieses Bebauungsplans ein Kaufvertrag abgeschlossen, so daß diese Voraussetzung gegeben ist.

Auf die Festsetzung der in der Maßnahme A 31 vorgesehenen Neuanpflanzung von Bäumen entlang der Ruscheplattenstraße wird verzichtet, da die Straßenfläche Eigentum der Stadt Hildesheim ist und die Durchführbarkeit der Maßnahme auch ohne Festsetzung in diesem Plan gesichert ist.

Für die im Grünordnungsplan vorgesehenen Maßnahmen während der Bauzeit bedarf es keiner Festsetzung, da es sich hier um einen planfeststellungsersetzenden Bebauungsplan handelt und damit ohnehin für alle unvermeidlichen Eingriffe zu 100 % Ausgleich oder Ersatz zu schaffen ist, wodurch der Grünordnungsplan bei Umsetzung der Maßnahmen in vollem Umfang zu beachten ist.

Inhalt und Zweck der einzelnen Maßnahmen zur Vermeidung, zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffe in Natur und Landschaft sind in dem Grünordnungsplan, der Bestandteil dieser Begründung ist, näher erläutert.

3.3 Ferngasleitung

Nördlich der Philipp-Reis-Straße verläuft eine Hochdruckgasleitung der Ferngas Salzgitter AG. Durch den Bau der Nordumgehung wird in einem Teilabschnitt eine Verlegung dieser Leitung erforderlich. Aus technischen Gründen ist es unvermeidlich, daß die Leitung auf einem Abschnitt von ca. 35 m durch das festgesetzte Gewerbegebiet an der Philipp-Reis-Straße verläuft. Von der Achse dieser Trasse ist beidseitig jeweils eine Fläche von 5 m Breite mit einem Leitungsrecht zugunsten der Ferngas Salzgitter AG zu belasten.

3.4 Gewerbegebiet

Der von der Verlegung der Gasleitung betroffene Bereich des Gewerbegebiets wird mit diesem Bebauungsplan überdeckt. Abgesehen von dem Leitungsrecht der veränderten Baugrenzen und der Reduzierung der öffentlichen Verkehrsfläche bleiben dabei alle Festsetzungen der rechtsverbindlichen zweiten Änderung des Bebauungsplans HT 225 unberührt und werden dementsprechend in diesen Bebauungsplan übernommen.

4. Auswirkungen auf die Umwelt

Die Eingriffe in den Naturhaushalt, die mit diesem Bebauungsplan ermöglicht werden, können mit den im Grünordnungsplan beschriebenen Maßnahmen langfristig vollständig kompensiert werden.

5. Immissionsschutz

Aufgrund der „Aktualisierung der Verkehrsprognose zur Verkehrsuntersuchung zur B 1 im Raum Hildesheim“ der Ingenieurgemeinschaft Dr.-Ing. Schubert von September 1996 wurde vom TÜV Hannover/Sachsen-Anhalt e.V. im März 1997 die „2. Überarbeitung zum schalltechnischen Gutachten zu der beabsichtigten Bauleitplanung im Bereich der geplanten Umgehungsstraße im Ortsteil Himmelsthür“ ausgearbeitet. Nach diesem Gutachten ist an neun Gebäuden, die überwiegend außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans liegen, passiver Schallschutz in Form von Schallschutzfenstern vorzusehen. Die erforderlichen Schalldämmmaße können im Einzelnen dem Gutachten entnommen werden.

6. Altlasten

Auf dem Grundstück Mastbergstraße 14 B wurde bis Mitte der 90er Jahre ein Schrottplatz betrieben. Bis Mitte der 80er Jahre wurden hier Autowracks gelagert. Dementsprechend sind hier schrottplatzspezifische Kontaminationen zu erwarten, die aber der festgesetzten künftigen Nutzung als Straßenverkehrsfläche nicht entgegenstehen. Sollte bei den Bauarbeiten für die Nordumgehung an dieser Stelle Bodenaushub anfallen, so kann dieser nicht ohne weiteres an anderer Stelle eingebaut oder auf einer Bauschuttdeponie entsorgt werden. Zur Festlegung des korrekten Entsorgungsweges ist die Untere Abfallbehörde im voraus zu beteiligen.

Die Fläche für die Ersatzmaßnahme E 23 gegenüber dem Vogelschutzgebiet Erlenbruch (textliche Festsetzung Ziffer 16) liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zu der Altablagerung Nr. 1 gemäß dem Verzeichnis der Altablagerungen der Stadt Hildesheim. Es handelt sich hierbei um eine Fläche, auf der Mitte der 60er Jahre bis Anfang der 70er Jahre Hausmüll, Sperrmüll und Bauschutt abgelagert wurden. Bei den gezielten Nachermittlungen im Jahre 1989 wurden keine Beeinträchtigungen festgestellt.

7. Finanzielle Auswirkungen

Der Bau der Nordumgehung einschließlich der dafür erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen wird zum weitaus überwiegenden Teil mit Bundesmitteln finanziert. Der Stadt Hildesheim entstehen Kosten für den Ausbau zwischen Münchewiese und Ruscheplattenstraße, da dieser Abschnitt innerhalb der Ortsdurchfahrt liegt.

8. Bodenordnende Maßnahmen

Die für den Straßenbau und die Ausgleichsmaßnahmen erforderlichen Flächen sind überwiegend in öffentlicher Hand. Es ist davon auszugehen, daß die geringen Teilflächen, die derzeit noch Privateigentum sind, erworben werden können, ohne daß hierzu bodenordnende Maßnahmen erforderlich werden. Entsprechende Vorverhandlungen wurden bereits geführt.

9. Verfahren

Aufstellungsbeschluß (§ 2 Abs. 1 BauGB)	24.01.1995
Unterrichtung und Erörterung (§ 3 Abs. 1 BauGB)	20.03.1995 - 18.04.1995
Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB)	05.04.1995 - 22.05.1995
Beteiligung der naturschutzrechtlich anerkannten Verbände (§ 60 a Nr. 2 NNatG)	11.04.1995 - 17.08.1995
Öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB)	22.07.1997 - 21.08.1997
Erneute Beteiligung der naturschutzrechtlich anerkannten Verbände (§ 60 a Nr. 2 NNatG)	18.07.1997 - 09.10.1997
Erneute öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB)	07.10.1997 - 06.11.1997

im Auftrag des Stadtrats
über HAM 01

Der Entwurf dieser Begründung wurde ausgearbeitet vom Stadtplanungsamt der Stadt
Hildesheim.

Hildesheim, 10.11.1997

Im Auftrage



(Kulenkampff)

Der Rat der Stadt Hildesheim hat diese Begründung in seiner Sitzung am 10.11.1997
beschlossen.

Hildesheim, 11.11.1997


(Machens)
Oberbürgermeister




(Dr. Deufel)
Oberstadtdirektor